

## Die Lebensmittelfrage in Ungarn.

Von Hofrat Prof. Dr. Bela Bödes.

Tagtäglich beschäftigt jetzt die Lebensmittelfrage die ganze Presse und öffentliche Meinung, ebenso wie unsere Staatsmänner und Verwaltungsbeamten. Gewiß, Teuerung und Mangel waren stets schwierige Probleme, und die soziale Arzneikunde beschränkte sich zumeist darauf, das Uebel sich selbst zu überlassen. Heute freilich gestalten sich diese Fragen anders. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist derzeit keine Privatfrage mehr, sondern eine Seite des großen Weltkrieges. Auch trifft die Notlage nicht bloß die unteren Schichten, sondern das ganze Gemeinwesen. Die Versorgungsfrage ist also geradezu eine Kriegsfrage geworden. Sie erhöht die Kriegsgefahr, die Kriegsjorgen und Kriegslasten, und diejenigen, die sie eigenmächtig hervorgerufen, müssen wie Feinde der Nation behandelt werden. Mühte doch im Kriege überhaupt die Regel gelten, daß aus der Gefahr der Gesamtheit für keinen anständigen Bürger Vermögensvorteile und für keinen Bürger Vermögensnachteile erwachsen dürfen.

Wenn ich nun die Verfügungen unserer Regierung zur Sanierung der gegenwärtigen Notlage ins Auge fasse, muß ich offen erklären, daß diese meiner Überzeugung nach, vollständig ungenügend waren und daher versagen mußten. Man hat sich mehr oder weniger mit der Festsetzung gewisser Höchstpreise begnügt, aber keineswegs dafür gesorgt, daß diese Höchstpreise in einem richtigen Verhältnis zu den Preisen sonstiger Waren stehen sollen, die in einem gewissen Zusammenhang mit den von Höchstpreisen direkt betroffenen Waren stehen. Man hat noch weniger dafür Sorge getragen, daß diese Höchstpreise eine nachdrückliche Sanktion erhalten und am allerwenigsten besaß man den Mut, den ausgegebenen Ministerialverordnungen hierzu durch rückwärtslose Strenge Ansehen zu verschaffen. Fast erweckt das den Eindruck, als wäre alles nicht allzu ernst gemeint gewesen. Wahrlich, auch hier gilt der Satz: die kleinen Diebe hänaten man, die großen läßt man laufen.

Hätte man jene, die sich mit dem öffentlichen Interesse in einen Gegensatz zu stellen wagten, streng bestraft, ihnen — wie dies Delbrück vorschlug — die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen, hätte man drakonische Maßnahmen auch solchen Leuten gegenüber zur Anwendung gebracht, die im Wappen eine mehrzadige Krone tragen oder als Direktoren Hunderttausende Gehalt beziehen — die Höchstpreise würden wohl genützt haben. Weil dies jedoch nicht geschah, haben die Höchstpreise mehr geschadet als genützt. Freilich wäre bei uns mit der Festsetzung der Preise eine gründliche Organisation der Kontrolle des Warenmarktes notwendig gewesen, und vor allem hätte man nach deutschem Muster die Preisprüfungsämter einführen sollen. Leider wurde dies und noch manches andere verabsäumt, und es ist zu befürchten, daß sehr viel Zeit verloren ging, so daß die Fehler kaum mehr vollständig gutgemacht werden können. Da aber ein harter Winter vor der Tür steht und auch mit weiteren schweren Kriegsmonaten gerechnet werden muß, ist es die Pflicht des Staates, mit aller Kraft und mit allen Mitteln gegen die Mißstände anzukämpfen und sie nach Möglichkeit zu beseitigen. Denn bei einem Weiterwuchern der derzeitigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Approvisionnement drohen die größten Gefahren.

Es mühte vor allem so rasch als möglich das Uebel an der Wurzel gefaßt werden: bei der Produktion. Alles muß geschehen, um die Produktion zu heben, eventuell müssen Staat und Gemeinde die Unwilligen zur Produktion zwingen, im Notfall die Produktionsstätten selbst in Bewegung setzen. Wenn der Staat eine Anzahl verlässlicher und sachverständiger Personen im ganzen Lande gewissenhaft nachforschen ließe, würden sich schon jetzt versteckte Vorräte ergeben und dann kämen wohl — nach verdienten Strafen — noch weitere ansehnliche Quantitäten an Lebensmitteln aller Art zum Vorschein. Aber, es sei wiederholt, mit der rigorossten Strenge mühte vorgegangen werden: ohne Ansehen der Person, der Parteistellung, des sozialen Ranges und des Vermögens.

Ferner wäre die Konsumtion auf das notwendigste zu reduzieren. Jetzt, im zweiten Winter des schrecklichen Weltkrieges ist es die höchste Zeit, jedem Luxus ein Ende zu bereiten, den Konsum nach Möglichkeit einzuschränken und die sparsamste Wirtschaft zu betreiben.

Endlich hätte der Staat die Pflicht, einzugreifen, um die Verteilung zu regeln. Wir leben im Kriege. Da muß jedes Privatinteresse verstummen. Wo jeder Einzelne verpflichtet ist, zu opfern, da kann es keine Frage sein, daß der Staat das Recht hat, eine gerechte Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen.

Die Durchführung dieser Prinzipien würde sicherlich noch eine Besserung der gegenwärtigen Situation bringen, speziell neue Vorräte dem Markte zuführen und den gewissenlosen Preis treibern ein Ziel setzen. Die große und wichtige Frage der Kriegsversorgung erfordert endlich eine umsichtige, kluge und gewissenhafte staatliche Organisation. Die Staatsautorität kann wahrhaftig keine wichtigere Aufgabe haben als diesen Zweig der Selbstverteidigung voll und ganz in ihren Wirkungskreis einzubeziehen.